

Demokratisch Soziale Partei (DSP)

(sämtliche Quellennachweise finden sich in der gedruckten Fassung des SPJ)

1987	1
1988	1
1989	1
1990	2
1991	2
1992	2
1994	3
2004	3

1987

Die 1982 in Basel-Stadt von der SP abgespaltene **Demokratisch-soziale Partei** erhielt, nach der im Vorjahr erfolgten Gründung einer Schwesterpartei in Baselland, auch einen Ableger im Kanton **Graubünden**. Hier trennten sich nach den Nationalratswahlen sechs als gemässigt geltende Grossräte von Fraktion und Partei, um der von links-ökologisch orientierten Mitgliedern dominierten SP eine Alternative entgegenzustellen.

1988

In Freiburg kam es nach einem seit längerer Zeit schwelenden Konflikt zum offenen Bruch zwischen dem am rechten Parteiflügel der SP stehenden Staatsrat **Félicien Morel** und der kantonalen Partei. Nachdem Versöhnungsverhandlungen gescheitert waren, erklärte der ehemalige Chef der SP-Nationalratsfraktion am 19. November an einer Delegiertenversammlung den sofortigen Parteiaustritt und kündigte an, dass er bei den nächsten Exekutivwahlen seinen Sitz verteidigen wolle. Mit einigen Gesinnungsgenossen aus den welschen Bezirkssektionen bereitete er gegen Jahresende die Gründung eines kantonalen "parti social-démocrate" vor. In Baselstadt besteht eine derartige Abspaltung um Regierungsrat Schnyder schon seit 1982 unter dem Namen **Demokratisch-Soziale Partei (DSP)**. Nachdem in den beiden vergangenen Jahren in Baselland und Graubünden Schwesterparteien gegründet worden waren - wovon erstere 1988 allerdings nicht mehr aktiv war - nahm die DSP im Berichtsjahr die Diskussion über die Gründung einer gesamtschweizerischen Partei auf.

1989

Die unter dem Namen Demokratisch-Soziale Partei (DSP) auftretenden Abspaltungen am rechten Flügel der SP fanden **bei den Wählern und Wählerinnen wenig Anklang**. Der in Lausanne im Frühjahr gegründete "Parti socialiste démocrate lausannois", dem auch fünf bisherige SP-Stadtparlamentarier angehörten, erreichte im Herbst bei den Kommunalwahlen das vorgeschriebene Quorum von 5% nicht und ging leer aus. Die 1987 gegründete DSP des Kantons

Graubünden, zu welcher damals 6 der 10 auf SP-Listen gewählten Grossräte übergetreten waren, konnte ihren Besitzstand bei den kantonalen Wahlen nicht halten: sie verlor 2 Sitze an die SP.

Am 3. Mai wurde die Demokratisch-soziale Partei des Kantons **Freiburg** gegründet; nach eigenen Angaben zählte sie zu diesem Zeitpunkt rund 200 Mitglieder. Massgeblich an dieser Parteigründung beteiligt war der im November 1988 aus der SP ausgetretene Staatsrat Morel. In der **Stadt Zürich** versuchte der aus der SP ausgetretene ehemalige Stadtrat Max Bryner erfolglos eine DSP zu initiieren. Weder die von der SP nicht mehr unterstützten Exekutivmitglieder Lieberherr und Kaufmann, noch die auf dem rechten Parteiflügel stehende "Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft Zürich" zeigten Interesse an einer Parteineugründung.

Ein erster Schritt zu einer **gesamtschweizerischen Demokratisch-sozialen Partei** (DSP) wurde am 3. Juni in Basel mit der Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der DSP unternommen. Neben Vertretern der drei bestehenden Kantonalparteien (BS, FR und GR) nahmen auch Delegationen von lokalen Parteisektionen sowie Einzelpersonen daran teil. Eine nationale Partei möchte man wenn möglich vor den nächsten Nationalratswahlen gründen.

1990

Die Idee der Gründung einer gesamtschweizerischen DSP konnte im Berichtsjahr noch nicht verwirklicht werden. Auch Neugründungen kantonalen Sektionen blieben aus. Im Kanton **Freiburg** hat die unter Staatsrat Félicien Morel von der SP abgespaltene DSP ein Dokument zu den ideologischen Grundlagen der Partei erarbeitet, welches insbesondere die Abgrenzung zur SP darstellt. Im ersten Jahr ihres Bestehens hat die freiburgische DSP rund 300 Mitglieder gewinnen können. Die 1987 gegründete DSP des Kantons Graubünden beteiligte sich, wie auch die SP, ohne Erfolg an den Regierungsratswahlen; dabei entstand erneut eine Diskussion um eine Wiedervereinigung der beiden Parteien.

1991

Die Demokratisch-soziale Partei existiert in den Kantonen Zürich, Basel-Stadt, Graubünden, Freiburg und seit November des Berichtsjahres auch in der **Waadt**, wo bereits vier Lokalsektionen bestehen. In der Stadt Lausanne hatten sich dissidente Sozialdemokraten bereits 1989 zu einer kommunalen DSP zusammengeschlossen. Bei kantonalen Wahlen gelang es der freiburgischen DSP unter Präsident und Staatsrat Félicien Morel, sieben Sitze im Parlament zu erobern; in Graubünden hingegen verlor die Partei die Hälfte ihrer Mandate und erhielt nur noch zwei Sitze. An den Nationalratswahlen beteiligte sich nur die Freiburger Kantonalpartei mit einer eigenen Liste.

1992

Von den in fünf Kantonen (BS, FR, GR, VD, ZH) existierenden Demokratisch-sozialen Parteien sprachen sich jene von Basel-Stadt und Freiburg für den EWR aus, jene von Graubünden dagegen. Bei den Basler Parlamentswahlen gewann die DSP ein Mandat hinzu, verlor hingegen leicht an Wähleranteilen.

1994

Vertreter der Demokratisch-Sozialen Partei (DSP) aus den Kantonen Basel-Stadt und Graubünden sowie der Parti Social-démocratique aus Freiburg gründeten die **Demokratisch-Soziale Partei der Schweiz (DSP)**. Neue Kantonalparteien sollen sich vor allem in den Kantonen Baselland, Zürich, Schaffhausen und Waadt konstituieren. Die DSP versteht sich als "Links-Mitte-Partei" und als Alternative zur SP, aus der sich die drei Gründerparteien abgespalten hatten.

2004

Die **Demokratisch-Soziale Partei** ist nach 22 Jahren nicht mehr in der Basler Regierung vertreten.